

Parteiprogramm 2019

Die Guten

Sozialstaat

Immer wieder stellen wir fest, dass dem Staat finanzielle Mittel für diverse Vorhaben fehlen. Gleichzeitig existieren Gemeinden und ganze Städte mit miserablen Wahlbeteiligungen. Wir von den Guten schaffen beide Probleme auf einmal aus dem Weg. Nämlich soll die Steuerprogression an der Wahlbeteiligung angepasst werden. Gemeinden und Kantone mit niedriger Wahlbeteiligung werden sich dumm und dämlich zahlen. So kommt Geld in die Staatskasse ohne dass wir uns bei den nächsten Wahlen vor einer Schlappe fürchten müssten.

Mehr Jobs für über 50-Jährige und Förderung der Jugendarbeitslosigkeit

Mit Entsetzen werden die Guten in der Zukunft festgestellt gehabt haben, dass es heutzutage in Zukunft kaum noch gut bezahlte Jobs für über 50-Jährige gegeben gehabt werden wird. Daher fordern die Guten eine Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit auf mindestens 80 Prozent zur Freisetzung guter Arbeitsplätze für über 50-Jährige. Junge Menschen könnten so in ihre Allgemeinbildung investieren und mehr Fortnite spielen.

Polizei und Sicherheit

Für die innere Sicherheit ist ein starker Ausbau der polizeilichen Einsatzkräfte unabdingbar. An der erwiesenermassen beruhigenden Wirkung rosafarbener Gefängniszellen orientiert, sollen auch rosafarbene Polizeieinheiten auf Patrouille gehen.

Hooligangewalt in Zürich

Sinnlose Gewalt wird von den Guten nicht toleriert. Damit die sogenannten Hooligans ihren Drang nach Gewalt sinnvoll ausleben können, sollen sie innerhalb eines Monats nach ihrer Registrierung als Hooligan glaubhaft nachweisen, dass sie einer sinnvollen gewaltbereiten Extremistengruppe angehören. Beispielsweise Dschihadisten, Linksextremen oder Neonazis. Sollte dieser Wechsel nicht geschehen, sollen sie sich zur Belustigung der Bevölkerung in einer vom Bund betriebenen Arena mit Fussballutensilien bis auf den Tod bekämpfen.

Migrationspolitik

Nichts hat in den letzten Jahren so polarisiert wie die Migrationsfrage. Während andere Parteien sich nicht trauen Klartext zu reden sagen die Guten klar: Wenn man selbst in der Stadt an teils belebten Orten noch mehr als fünf Minuten zur nächsten Dönerbude laufen muss, dann reicht das noch nicht. Auch Indische Take-Aways und Sushi-Restaurants sind mit teils unzumutbar weiten Gehstrecken noch nicht auf ihre ideale Quantität angewachsen. Lösungsansätze für dieses Problem gibt es einige: Um den Menschen in geeigneten Regionen entsprechende Anreize zu vermitteln, könnte unter anderem vermehrt in Firmen wie die Ruag investiert werden, die sich öffentlich dafür einsetzen diverse Regionen östlich der Schweizer Landesgrenze weniger attraktiv zu gestalten.

Umweltpolitik

Zwar stehen die Guten der Klimaerwärmung angesichts der kalten Winter grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings muss diese reguliert und auch ohne Schadstoffemissionen zu erreichen sein. Als erster Schritt müssen demnach alle Heizungen mit erneuerbarer Energie betrieben werden, um danach die Erde auf die angestrebte Temperatur zu erwärmen. Diese ist verhandelbar, die Guten erhoffen sich aber ein Klima das Antilopen ein friedliches Leben in den Schweizer Alpen ermöglicht. Dadurch würden die Schweizer Landwirtschaft sowie der Schweizer Gepardenbestand erheblich gestärkt.

Konkret setzen sich die Guten deshalb für Windräder ein, vor allem weil wir diese einfach sehr hübsch finden. Um der Vorbildfunktion gerecht zu werden sollen ausserdem auf dem Bundeshaus Solarpanels und Windkraftanlagen aufgestellt werden. Aktuell erscheint uns das Bundeshaus sowieso veraltet und wenig Visionär. Ein futuristischer Touch würde ihm gut tun.

Polizeigewalt gegen Littering

Um nachhaltig gegen Littering vorzugehen, fordern die Guten, dass Polizisten von nun an die Kompetenz zugesprochen wird Gewalt gegen Litterer einzusetzen. Konkret soll es Polizisten erlaubt sein jeden zu ohrfeigen, der seinen Abfall nicht ordnungsgemäss entsorgt. Im Idealfall würde also die Polizistin den Litterer auf frischer Tat ertappen, ihm eine watschen, daraufhin würde sich der Täter aufgrund der rosaroten Uniform beruhigen und könnte problemlos verhaftet werden. Als weitere Erziehungsmassnahme fordern wir einen mindestens zweiwöchige Sozialdiensteinsatz als Reinigungsfachkraft in einem Park. Sollten nicht genügend Pärke zur Beschäftigung der Litterer zur Verfügung stehen, bemüht sich der Bund aktiv darum neue Parkanlagen zu errichten.

Stadt Zürich aus der Schweiz

Die Zürcher fühlen sich konstant bevormundet. Von dem Kanton, sowie von Bundesbern überhaupt. Der Kanton und der Rest der Schweiz regen sich wiederum täglich aufs Neue über die linksgrünversifften Abgeordneten auf, die in den Parlamenten sitzen. Beide Probleme haben eine einfache Lösung: Die Stadt Zürich muss aus der Schweiz. Konservative Schweizer sowie Zürcher Hippies können davon nur profitieren.

Partyflüchtlinge

Jedes Wochenende hat Zürich aufs neue mit diesem Problem zu kämpfen: Partyflüchtlinge aus der Agglo, welche die Stadt fluten. Sobald die Stadt Zürich aus der Schweiz ausgetreten ist müssen, um dies zu verhindern, Stacheldräte und Wachtürme an der Grenze angebracht werden. Illegal eingereiste werden in Camps am Stadtrand untergebracht, bis morgens um 8:00 wieder Züge und Busse die Verbindung zu ihren primitiven Siedlungen aufnehmen.

Marktregulierung / Finanzpolitik

Die Guten streben eine freie, vom Staat regulierte Marktwirtschaft an. Konkret soll die gesamte Luft der Schweiz an private Anbieter verkauft werden. Mit dem dabei erwirtschafteten Geld werden gratis Pokémon Booster-Packs an die Schweizer Wohnbevölkerung verteilt, um die Schweiz als Vertreter an bevorstehenden Pokémon Sammelkarten-Turnieren nachhaltig zu stärken. Gleichzeitig werden Subventionen für veraltende Sportarten gestrichen und in zeitgemässe Aktivitäten investiert.

Die Privatisierung von Trinkwasser wird von den Guten allerdings kompromisslos abgelehnt, da der öffentliche Fischbestand dadurch gefährdet werden könnte und die Diversität der Anbieter das Beimischen von Aluminium, Schwefel und anderen bewusstseinsbeschränkender Substanzen seitens der Regierung erschweren. Zur Verdeutlichung dieser Haltung wird eine Volksinitiative in Betracht gezogen, die vorsieht den Diskurs über eben genanntes Thema komplett zu unterbinden. Grundsätzlich stehen die Guten der fortschreitenden Privatisierung staatlicher Mittel kritisch gegenüber und gedenken vor wichtigen Entscheidungen die Parolenfassung mehrmals auszuwürfeln und wenn nötig traumdeutende Literatur und Horoskope zur Referenz zu ziehen.

Um der konstanten Drohung der Abwanderung grosser Firmen entgegenzuwirken setzen sich die Guten ausserdem für spezielle Firmenwanderwege ein, mit denen die Wanderlust leitender CEOs gestillt werden soll. Für Unternehmen deren marktwirtschaftliche Interessen sich trotzdem nicht mit unseren Absichten in Einklang bringen lassen, sollen ausserdem sichere Fluchtrouten über das Mittelmeer und den Balkan zur Verfügung gestellt werden.

Zeitungstellung

Die Europäische Union dreht wie wahnsinnig an der Uhr: Mal eine Stunde mehr, dann wieder eine Stunde weniger. Und jetzt soll sogar

dauerhaft die Sommerzeit eingestellt werden. Angesichts der Klimaerwärmung eine wahnwitzige Idee. Die Guten fordern nun die Annahme der Amerikanischen Zeitzone (EDT). Dadurch wäre es am Montagmorgen um 8:00 schon seit Mitternacht hell und man hätte keine Probleme mehr mit dem frühen Aufstehen. Doch dies ist nur einer von wenigen Vorteilen. Dank neuester Technik (VPN-Adressen) können wir uns dadurch Amerikanisches Fernsehen, Amerikanische Fernsehshows und Fortnite-Turniere in Echtzeit ansehen, ohne dafür bis morgens um 4:00 aufzubleiben.

Bürokratie

Um dem anhaltenden Bürokratiewahn entgegenzuwirken, sind die Guten für eine Zusammenschliessung aller Vereine und Gruppierungen in der Schweiz, welche die selben Abkürzungen benutzen. So wollen wir zum Beispiel das Bundesamt für Statistik mit der Bewegung für den Sozialismus fusionieren um etwaige Verwirrungen zu verhindern. Ausserdem setzen wir uns dafür ein, dass Initiativvorschläge der Guten ohne Unterschriften sammeln und Abstimmung durchgesetzt werden, um den Behörden den bürokratischen Aufwand zu ersparen und den unnötigen Papierverschleiss zu vermeiden.

Gesellschaft

Um in der Zivilgesellschaft die Freiheit vieler zu wahren, ist es unumgänglich die Freiheiten von einigen wenigen (z.b. Rolltreppenlinkssteher, Politischrechtssteher, Senioren) einzuschränken. Um dies durchzusetzen sollen in den Parlamenten die Vertreter von Mehrheiten in der Mehrheit, nicht in der Minderheit sein. Dafür müssen Änderungen am Wahlsystem vorgenommen werden, aber auch tiefgreifendere gesellschaftliche Veränderungen sind nötig.

Rechtsextremismus

Die Guten erkennen die Gefahr, die von fremdenfeindlichem Gedankengut ausgeht und beschäftigen sich eingehend mit der Lösung dieses Problems. Während der linke Flügel der Partei die sofortige Abschiebung aller Leute die sich selbst als rechts identifizieren in die Antarktis fordert, setzten die gemässigten Kräfte auf eine friedlichere Lösung. Basierend auf den Forschungen eines eigens für dieses Thema gegründeten Untersuchungsausschusses spielen Berglandschaften bei Problemen mit Rechtsextremen eine entscheidende Rolle. Wo immer Berge auftreten sind Menschen stolz auf die angebliche Schönheit ihrer Heimat. Dieser Patriotismus führt unweigerlich zu Rechtsextremismus. Wir von den Guten haben dieses Problem vor allen anderen Parteien erkannt und fordern deshalb die Sprengung aller Berge in der Schweiz. Damit erhoffen wir uns die ungesunde Entwicklung in genannten Gegenden zu unterbinden und dabei die Kiesindustrie zu fördern (mit diesem Aspekt versprechen wir uns die Unterstützung der FDP).

Linksextremismus

Teile der Guten erkennen die Gefahr die von Linken Chaoten auf Demonstrationen und von linken Zecken überhaupt ausgeht. Der Rechte Flügel der Partei ist allerdings gerade weder anwesend, noch

in der Lage ein Statement dazu abzugeben. Der linke Flügel lässt verlauten, dass er die Sache halb so schlimm findet und Fahrräder nicht brennen.

Religion

Während wir uns bei den Guten täglich in innerparteilichen Konflikten über das Rechts- und Linksschema der Politik gegenseitig die Zähne ausschlagen, sind sich die Mitglieder zum Thema Religion sehr einig. Wichtig ist uns dabei, dass die Religionsfreiheit gewahrt wird, ohne dabei die davon ausgehenden Gefahren zu ignorieren. Dabei fordern wir konkret, dass die Fraktion der CVP immer wenn sie etwas mit der Bibel oder christlichen Werten zu begründen zu versucht von den anderen Parlamentariern ausgelacht und mit Pentagrammen beworfen wird. Des weiteren fordern wir aufgrund der detaillierten Gewaltdarstellungen ab sofort eine Alterskontrolle für den Eintritt in Kirchen. Gerade für Jugendliche sind derartige, Gewaltverherrlichende Bilder nicht ungefährlich. Studien belegen ausserdem, dass viele Amokläufer schon einmal eine Kirche besucht haben. Für uns ist die schädliche Wirkung auf die Entwicklung unserer Schützlinge zu offensichtlich um dieses Problem zu ignorieren. Deshalb fordern wir für die Sicherheit der Kinder und unser aller Wohl eine Altersbeschränkung ab 18 für alle Kirchen in der Schweiz.

Wahlgesetz

Kinder ab sechs Jahren sollen wählen und kandidieren dürfen. Dies ist ein unumgehrbarer Schritt in einer Gesellschaft die sich zunehmend sowieso nicht mehr für Fakten interessiert und ihre Stimme ihrem Bauchgefühl nach abgibt. Die einzigen Mitglieder der Gesellschaft die dies können, ohne durch ihre ideologischen Vorstellungen voreingenommen zu sein, sind Kinder. Um dies zu sichern, soll die Politisierung von Kindern bis zum 16. Lebensjahr unter Strafe gestellt werden.

Überalterung der Schweizer Politik

Die Schweizer Politik ist Überaltert. Die jungen Leute engagieren sich politisch, gehen auf die Strasse und organisieren Streiks, während die Alten regieren. Das wäre halb so schlimm, wären diese Politiker halbwegs kompetent. Stattdessen kennt die ü40-Generation im Jahre 2019 noch keinen Lautlos-Schalter am Handy und lässt dieses dann mit dem Standard-Klingelton läuten. Aufgrund der mit dem zunehmenden Alter beschränkten Lernfähigkeit und Feinmotorik benutzen sie das Smartphone dann auch noch mit dem Zeigefinger. In einer durch und durch digitalen Welt

haben diese Leute eine Digitalkompetenz von Null. Nicht wenige wissen nicht wie man Google benutzt. Wie sie sich selbst zutrauen unser Land zu regieren ist uns schleierhaft. Die Guten haben deshalb eine simple, aber griffige Lösung: Politiker, die ihr Handy mit dem Zeigefinger bedienen müssen auf der Stelle ihres Amtes enthoben werden.

Rolltreppenlinkssteher

Leute, die auf der Rolltreppe links stehen sind nicht nur an den Bahnhöfen ein Problem. Nein, sie sind eine Metapher der Volksverblödung, die einen bis nach Hause und tief in die Nacht beschäftigen kann. Die Guten kennen keine Gnade für diese Art von Mensch. Künftig sollen sie straffrei getreten werden können, die Härte des Tritts soll aber verhältnismässig sein (also sehr, sehr hart). Zu diesem Zweck muss der Bund dringendst Kickbox-Kurse subventionieren.